

Geschäftsführer Sebastian Chwala

Bahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 21. Dezember 2016

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 16.12.2016

Antrag „Keine Sozialkürzungen!“ von StVV abgelehnt – Gedenken an Opfer der „Marburger Jäger“ – Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei – Geflüchtete in Marburg aufnehmen

Eine randvolle Tagesordnung, darunter sieben Aussprachen, erwartete die Fraktion der Marburger Linken in der Stadtverordnetenversammlung vom 16. Dezember. Im Mittelpunkt der Debatten am Freitagabend stand dabei unser Antrag, die im Raum stehende 12-prozentige Kürzung der städtischen Zuschüsse im Sozial- und Kulturbereich für das Haushaltsjahr 2017 zurückzunehmen. Diesem Antrag war die Fraktion der Grünen im Vorfeld der Sitzung beigetreten.

Die Marburger Linke hält es nicht für ausgemacht, dass es 2017 ein Haushaltsdefizit geben wird, das vom Oberbürgermeister auf sechs Millionen Euro veranschlagt wird. Schließlich erhielt die Stadt erst kürzlich eine Gewerbesteuernachzahlung von 37 Millionen Euro, was darauf schließen lässt, dass die Einnahmen, wie es in den letzten Jahren die Regel war, deutlich über dem geplanten Gewerbesteueransatz liegen könnten. Unter diesen Voraussetzungen ist es für uns nicht tragbar, dass es zu einer Verschlechterung der Leistungen in diesem Bereich, der für das gesellschaftliche und soziale Für- und Miteinander unverzichtbar ist, kommen soll. Die Folgekosten von Sozialkürzungen zugunsten der Haushaltskonsolidierung sind nicht abschätzbar.

CDU, FDP/MBL und BfM samt SPD lehnten es ab, den Betroffenen die Ängste und Sorgen zu nehmen und stimmten gegen den Antrag. Dennoch ging dem Beschluss eine bemerkenswerte Debatte voran. So versuchte Oberbürgermeister Spies, die Öffentlichkeit zu beruhigen, indem er der Marburger Linken unterstellte, mit Panikmache und Lügen zu operieren. Vielmehr gebe es Gesprächsangebote an die Beteiligten, über die Finanzsituation zu sprechen und gemeinsam Sparpotentiale auszuloten. Hier scheint allerdings Thomas Spies mit Unwahrheiten zu operieren. Aus dem Umfeld der sozialen Träger und Vereine wurde (nicht nur) der Fraktion der Marburger Linken in den letzten Wochen berichtet, dass von Seiten der Stadt eingefordert worden sei, dass pauschale Kürzungen des Leistungsangebots in besagter Höhe zu erfolgen hätten.

Franz Kahle, im hauptamtlichen Magistrat für den Sozialbereich zuständig, wollte sich den Standpunkt des OBs ebenfalls nicht anschließen und negierte während der Parlamentssitzung öffentlich, jemals über die Inhalte entsprechender Gespräche informiert worden zu sein. Dies kann als ein weiteres Zeichen der SPD gegen eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Grünen verstanden werden. Franz Kahle scheint mehr denn je ein Dezernent auf Abruf zu sein, der im nächsten Jahr durch eine/n Vertreter/in der kommenden großen Koalition plus Bürger für Marburg (BfM) ersetzt werden könnte.

Eine Großzahl der Aussprachen war diesmal von der FDP/MBL-Fraktion angestrengt worden. In verschiedenen Redebeiträgen kritisierten wir die FDP-Forderungen, wie etwa „Whatsapp“ als städtisches Kommunikationsmittel, die Idee, Doppeldeckerbusse einzusetzen sowie die Forderung nach Freiwilligen Polizeihelfern als unsinnig, wenig hilfreich oder auch als völlig kontraproduktiv.

Dennoch, auch in der letzten Sitzung konnte die Marburger Linke wieder einige wichtige Beschlüsse durchsetzen. So wurde gemeinsam mit SPD, Grünen und dem Piraten ein Kunstwettbewerb für ein im Schülerpark zu errichtendes Denkmal für die Opfer der „Marburger Jäger“ beschlossen. Das bürgerliche Lager im Stadtparlament inklusive des sozialdemokratischen Kooperationspartners BfM stimmte, ohne das auch nur mit einem Wort zu begründen, geschlossen gegen diesen Antrag. Es zeigte damit wieder einmal, wo man es politisch verortet muss. Nämlich als heimlicher Unterstützer reaktionärer, geschichtsrevisionistischer Kameradschaftsverbände, die sich weigern, die Untaten, die zur Durchsetzung der Ziele des deutschen Imperialismus begangen wurden, offen einzugestehen.

Außerdem wurde auf unsere Initiative hin zusammen mit SPD, Grünen und dem Piraten eine Solidaritätserklärung zugunsten der Opfer der Repressionspolitik in der Türkei verabschiedet. Ebenso fand unser Antrag eine Mehrheit, die Petition „Geflüchtete aus Griechenland und Italien nach Deutschland holen – Relocation jetzt umsetzen“ zu unterstützen, der mit SPD, Grünen und dem Piraten gemeinsam verabschiedet wurde. Diese Petition fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen von EU-Programmen dafür einzusetzen, mehr geflüchteten Menschen in Deutschland Zuflucht zu gewähren.

Mit freundlichen Grüßen

Eure Fraktion Marburger Linke

Jan Schalauske

Renate Bastian

Tanja Bauder-Wöhr

Roland Böhm

Henning Köster-Sollwedel

Elisabeth Kula

Jonathan Schwarz

Inge Sturm